

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe oktober 2007



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin

liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno
Blissenbach, Jan Valentin
Deichsel, Maren Jasper,
Volker Jürgensen, Kurt M.
Lehner, Markus Löning,
Peter Lundkowski, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz,
Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Carola v. Braun, Sebastian
Czaja, Mark Ella, Arno
Schödl, Jürgen Stindt

Leserbriefe

...

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte

ausgabe oktober 2007

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

die politische Sommerpause ist immer eine Zeit für inhaltliche Stilblüten, und dieses Jahr war darunter der Vorschlag, die FDP möge doch mit den Grünen fusionieren. Beendet wurde diese Debatte spätestens mit einem schönen Aufsatz der FDP-Gruppenvorsitzenden im Europaparlament, Silvana Koch-Mehrin, im Berliner Tagesspiegel, wo unsere liberale Frontfrau in Europa in wünschenswerter Deutlichkeit schreibt:

„Dass es bei den Wählern von FDP und Grünen zu Schnittmen-
gen kommt, ist wahr. Richtig ist auch, dass es nur wenige Politik-
felder gibt, in denen sich progressive Grüne und Liberale unver-
söhnlich gegenüberstehen. Wenn die Grünen in ihrer Selbstein-
schätzung allerdings glauben, sie hätten das linksliberale Erbe der
FDP angetreten, so ist das ausgemachter Unsinn. Die selbst emp-
fundene ‚Vielfalt und Breite‘ der Grünen symbolisiert nur Orien-
tierungslosigkeit und Schwäche der Partei. Niemand kann bestrei-
ten, dass die FDP die Bürgerrechtspartei in Deutschland ist – und
schon lange war, als friedensbewegte Mitglieder der Grünen noch
Bärte und Latzhosen trugen und Sonnenblumen in Fußgängerzo-
nen verteilten. ... Das Grundproblem der Grünen sind ihre diffu-
sen Wurzeln. Weltschmerz und Betroffenheit sollen das übertün-
chen. Damit gewinnt man vielleicht Sympathien, aber gute Politik
kann nicht immer sympathisch sein, wenn sie erfolgreich sein soll.
Bevor Grüne und FDP sich miteinander arrangieren, müssten die
Grünen das lernen. Der liberale Vorrat an Taschentüchern reicht
nicht aus für Claudia Roths Tränen. ... Dass der Primat der Öko-
nomie auch in der Ökologie gilt, wollen viele Grüne nicht akzep-
tieren, und so begeben sie sich auf eine Sinnsuche, die in Ziello-
sigkeit endet. Auf lange Sicht braucht Deutschland keine grüne
Partei. Gelbe Pullunder sind einfach besser, wenn sie profession-
nell gestrickt sind.“

In diesem Sinne sei Ihnen ein gelber Herbst gewünscht.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Berlin sollte Tempelhof nicht aufgeben. Die
Hauptstadt der Republik darf jetzt die große und
letzte Chance nicht verpassen, einen bundesweit
einmaligen Standortvorteil zu nutzen: einen
Flughafen in unmittelbarer Nähe der Innenstadt.

Helmut Schmidt

Lagebericht des Vorsitzenden

Geht Umweltschutz nur gegen den Verkehr?

von *Henner Schmidt*

In letzter Zeit häufen sich Maßnahmen des Senats, den Autoverkehr massiv einzuschränken. Dies wird fast immer mit dem Umweltschutz begründet. Ein aktuelles Beispiel ist die „Umwelt“-Zone, die nachgewiesenermaßen als Maßnahme gegen den Feinstaub untauglich ist, da der Feinstaub zum größten Teil gar nicht aus den Auspuffen der Autos kommt. Dafür wird aber eine Monsterbürokratie errichtet und kleine Firmen, die sich keine neuen Fahrzeuge leisten können, in den Ruin getrieben.



Auch die Parkraumbewirtschaftung dient nicht nur dazu, knappen Parkraum besser zu verwenden, sondern soll den Verkehr zurückdrängen, auch dort, wo ausreichend Parkplätze vorhanden sind (z.B. in ganz Moabit). Dass die Bürger dies als unnötige Belastung empfinden, hat das Bürgerbegehren in Charlottenburg-Wilmersdorf gezeigt: Eine hohe Wahlbeteiligung und eine fast einhellige Ablehnung der Parkraumbewirtschaftung durch die Bürger wurde damit offensichtlich – Glückwünsche an die dortigen FDP-Kollegen, die das Bürgerbegehren maßgeblich mit betrieben haben.

Die nächste Welle an Schikanen wird nun mit dem Argument des Lärmschutzes ausgelöst. Lärm ist –wie Feinstaub - gesundheitsschädlich und muss verringert werden. Für Senat und Bezirksverwaltung ist Lärmschutz aber einfach identisch mit der Reduzierung des Autoverkehrs. Als erster Test läuft in der Leipziger Straße eine Ampelschaltung, die den Verkehr zwangsweise auf Tempo 30 herunterregelt- aber ohne dies klar anzugeben. So wird durch Brems- und Beschleunigungsvorgänge eher mehr Lärm erzeugt.

Wer gegen diese Maßnahmen ist, die den Verkehr zum Erliegen bringen und die lokale Wirtschaft schädigen, wird schnell als Umweltfeind angeprangert. Die Vision der Senatorin Lompscher von einer komplett autofreien Innenstadt muss aber trotzdem verhindert werden.

Aufgabe der FDP ist es, Maßnahmen und Vorschläge für den Gesundheits- und Umweltschutz zu entwickeln, ohne den Autoverkehr abzuwürgen. Wir konzentrieren uns dabei auf wirksame,

wirtschaftlich und umweltpolitisch vernünftige Maßnahmen.

Dazu gehören attraktive Alternativangebote zum Autoverkehr im Zentrum, z.B. Park&Ride-Verknüpfungen entlang des S-Bahntrings oder ausreichend Fahrradabstellplätze. Auch der Neubau von Umfahrungsmöglichkeiten für den Durchgangsverkehr (z.B. die Verlängerung des Stadttrings nach Osten) reduziert Verkehr in der Innenstadt. Wir schlagen auch Investitionen mit nachgewiesener Wirksamkeit vor, wie z.B. eine Straßenbegrünung durch Büsche und Moose gegen Feinstaub und Luftschadstoffe.

Unser Innenstadtbezirk ist besonders betroffen. Wir werden deshalb hier bei uns konkrete Maßnahmen initiieren, z.B. eine Umgestaltung der Leipziger Straße mit mehr Begrünung und Lärmschutz oder Begrünungsmaßnahmen an der Karl-Marx-Allee. Wenn Sie weitere gute Ideen haben, melden Sie sich doch beim Bezirksvorstand!

Arbeitsschwerpunkte des Bezirksvorstandes

Um in den festgelegten Schwerpunktthemen möglichst viele gute Ideen einzubinden, haben die Arbeitsgruppen des Bezirksvorstandes sich mit den Aktivitäten in den Ortsverbänden eng koordiniert. So können wir gemeinsam besonders viel erreichen.

Für das Themengebiet Ausbau der freien Schulen und mehr Schulautonomie gibt es Initiativen zusammen mit der BVV-Fraktion, z.B. zur Abschaffung der Schuleinzugsgebiete. Die Clubszene, die gerade wieder durch neue Bebauungspläne weiter bedroht wurde, wird durch Maßnahmen in Kooperation mit der BVV-Fraktion, den Julis und dem OV Wilhelmstadt unterstützt. Für die Initiativen zur Ansprache der lokalen Wirtschaft sind die Ortsverbände Tiergarten und Gendarmenmarkt besonders aktiv. Um neue Ideen und Aktionen zusammen mit ehrenamtlichen und privaten Kulturaktivitäten zu entwickeln, bringen sich die Ortsverbände Oranienburger Tor und Wilhelmstadt ein, da beide Mitglieder haben, die gut in der Kulturszene vernetzt sind.

Wenn Sie Lust haben, mitzumachen, melden Sie sich doch bei Ihrem Ortsvorstand oder beim Bezirksvorstand. Wir freuen uns, wenn wir gemeinsam mit Ihnen etwas für unseren Bezirk tun können!

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Evidenz-basierte Politik

von Arno Schödl

Es mag selbstverständlich erscheinen, dass man, wenn man zum Arzt geht, die Behandlung bekommt, die am besten hilft. Nur leider war das Wissen, was am besten hilft, vor nicht allzu langer Zeit schlichtweg gar nicht vorhanden oder unter den praktizierenden Ärzten unbekannt. Die Folge war, dass etwa bei Blinddarmentzündung der eine Arzt sofortige Operation verordnete, während der andere abwartete, ob sie nicht von selbst wieder heilt. In den letzten 30 Jahren wird nun unter dem Schlagwort „Evidenz-basierte Medizin“ angestrebt, herauszufinden, was wann die beste Behandlung ist und dieses Wissen unter den praktizierenden Ärzten auch zu verbreiten.

Leider findet dieser Ansatz in der Politik noch keine Anwendung. Gibt es einen aktuellen Anlass, werden reflexartig irgendwelche Gesetze verabschiedet oder Verordnungen erlassen. Ob die dann auch das Problem effektiv lösen, dass man eigentlich adressieren möchte, ist dabei weniger wichtig als die Geste, etwas getan zu haben. Und ist etwas einmal erlassen und aus den Medien verschwunden, bringt es auch kaum politisches Kapital, im Nachhinein etwas zu ändern, zumal man ja damit zugäbe, nicht gleich alles richtig gemacht zu haben.

Dieses alte Problem wird durch die gegenwärtige Sicherheitshysterie noch verschärft. Häufig sind Sicherheitslücken technischer Natur, und Technik ist für die Politik offensichtlich zu kompliziert, um darüber sinnvoll urteilen zu können.

Nehmen wir als ein Beispiel den Luftverkehr. Am 23. Juli 2005 beging der Pilot eines Ultraleichtflugzeugs Selbstmord, indem er sich auf den Rasen neben dem Reichstag stürzte. Die Politik verfiel in Panik vor Selbstmordattentätern aus der Luft. Am 1. Oktober 2005 führte der damalige Innenminister Schily eine Flugverbotszone ein. In einem Radius von 5,6 km um den Reichstag bis in eine Höhe von 1500 m darf seither nicht mehr geflogen werden. Kommerzielle Flugunternehmen können durch viel Bürokratie und Auflagen eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Aber schützt diese Flugverbotszone vor Attentätern? Natürlich nicht. Was soll

der Staat tun, wenn ein Flugzeug die Flugverbotszone missachtet? Ist das nun ein Attentäter oder nur ein verirrter Privatpilot mit seiner Familie? Abschießen? Wohin fallen die Trümmerstücke? Mittels Jagdflugzeug oder Polizeihubschrauber abfangen? Auch ein kleines Flugzeug braucht für die 5,6 km nur eine Minute, da bleibt wohl kaum genug Zeit. Unter dem Strich hat dieses Verbot nur zwei Effekte: Zum einen kriminalisiert es Privatpiloten, die sich in die Verbotszone verirrt haben, zum anderen bläht das Bearbeiten der Ausnahmegenehmigung irgendeine Verwaltung auf.

Kommen wir zu einem zweiten Beispiel. Am 25.05.2007 verabschiedete der Bundestag den Paragraphen 202c StGB, um den Schutz gegen Computerhacker zu verbessern. Darin wird die Herstellung von Computerprogrammen, die für das Hacken benutzt werden können, unter Strafe gestellt. Offensichtlich folgten die Abgeordneten der gleichen Logik, mit der z. B. Waffen reguliert werden, weil

sie für Überfälle benutzt werden könnten. Leider ist diese Logik falsch: In ein Computersystem einzubrechen ist fundamental anders als in ein Haus einzubrechen. Man kann in jedes Haus einbrechen, wenn man nur genug Gewalt anwendet. Um in ein Computersystem einzubrechen, müssen dagegen Programmierfehler im System sein, die ein Einbrechen ermöglichen. Gibt es keine Programmierfehler, gibt es auch keine Einbruchsmöglichkeit. Diese Programmierfehler findet man mit den Hackprogrammen, deren Herstellung nun verboten ist. Ohne diese Programme bleiben die Fehler unentdeckt und deutsche Computersysteme unsicherer als vorher. Das verabschiedete Gesetz bewirkt also genau das Gegenteil des Gewünschten.

Ich finde es besonders bemerkenswert, dass in den gezeigten Fällen politische Ideologie oder die Abwägung von Interessenslagen keine Rolle spielt. Unabhängig davon, wie man den Zweck politisch bewertet, sind die gewählten Maßnahmen einfach ineffektiv oder schlimmer. Darüber hinaus gängeln sie die Bürger und beschäftigen Verwaltungen. Jeder politisch Tätige, der das Bürger ärgern noch nicht zum Programm erhoben hat, muss für ihre Abschaffung eintreten. Es ist Zeit für Evidenz-basierte Politik.



Arno Schödl (OV Wilhelmstadt)

Gastkommentar

Nur liberal ist sozial

von Mark Ella

Nach zwölf Jahren „Regierung“ ließ die große Koalition in unserem Bundesland Bremen im Mai dieses Jahres viel Unerledigtes zurück – wir erleben ja auch auf Bundesebene ähnliches: Entgegen ihrer Versprechungen hat sich die finanzielle Situation des Landes nicht verbessert, sondern sogar noch weiter dramatisch verschlechtert. Durch die chronische Uneinigkeit der Großkoalitionäre wurden Reformen und Entscheidungen verhindert und vertagt. Eine Politik über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg, bestimmt durch Postengeschacher, Machtpoker und vor allem Hilflosigkeit, kennzeichnete diese für Bremen unsägliche Periode. Der deutsche Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf sagte einmal, eine große Koalition sei eine Diktatur im demokratischen Gewand. „Demokratie“ ist in diesem Zusammenhang auch eine seiner sehr treffenden Wortschöpfungen.

Wir Liberale stehen dagegen für nachhaltige und bürgernahe Konzepte. Wir setzen uns für einen Abbau des Klüngels, einen Abbau von Bürokratie und eine massiv verstärkte Bürgerbeteiligung ein – in Bremen/Bremerhaven unter anderem auch durch eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform. Bürgerbeteiligung propagieren wir nicht nur nach außen, sondern leben sie intern, ob zuletzt durch die offene Diskussion unseres Wahlprogramms, unsere für jeden Bürger offenen Fraktionssitzungen, die Bürgersprechstunden oder unser Bürgerscheckheft. Wir Liberale stehen hier vor Ort für eine grundlegende Verbesserung der Bildungssituation vor allem im Elementar- und Primarbereich sowie für starke Stadtteile durch eine bürgernahe Bau- und Verkehrspolitik und eine Stärkung der Kompetenzen von Beiräten, Stadtteilkonferenzen und Bürgervereinen. Wir wollen und werden das verloren gegangene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zurückgewinnen. Wir wollen eine Politik, die den Demagogen am rechten und linken Rand keine Chance mehr gibt!

Uwe Beckmeyer, seines Zeichens Bremens SPD Landeschef, sagte vor kurzem in einem Statement zu unserem Landes-Programm, wir seien

nicht „sozial“, wir seien „neoliberal“. Verwechselt der „Neosozialist“ Beckmeyer hier vielleicht etwas? Wofür steht denn das „S“ in „SPD“? Sicherlich nicht für „sozial“! Sozialistische und sozialdemokratische Parteien, ob von Links, von Rechts oder ob sie sich Partei der Mitte nennen, stehen immer nur für mehr staatliche Macht, mehr Klüngel und eine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger.



Liberalismus dagegen setzt auf die Freiheit des Einzelnen, die erst da endet, wo die Freiheit des Nächsten eingeschränkt wird. Das bedeutet mehr Bürgerrechte, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie. Wir Liberale stehen für eine Politik, die in der Sprache der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für die Bürgerinnen und Bürger gemacht wird. Das Wort „Neoliberalismus“, das Herr Beckmeyer (ihm täte die herrliche Luft am Mont Pélerin sicher auch mal gut)

hier in völliger Verkennung des historischen Hintergrundes in den Mund nimmt, wird heutzutage von der sozialdemokratischen Linken missbraucht als Schimpfwort für die sozialdemokratische Mitte und ist damit nichts weiter als eine dämmliche und unappetitliche Verunglimpfung des Wortes im ursprünglichen Sinn.

Sozialdemokraten standen in der Geschichte immer für eine Stärkung und eine Verflechtung mit der Großindustrie. Putin-Freund und Ex-Kanzler Schröder hat es beispielhaft gezeigt. Die aktuelle Unternehmenssteuerreform spricht hier auch eine deutliche Sprache. Gutsituierten Genossen in den Chefetagen der Mono- und Oligopolisten soll es eben weiterhin gut gehen. Wir Liberalen dagegen stehen für einen starken Mittelstand, starke Kleinbetriebe und einen starken Einzelhandel vor Ort. Dort werden über 80 Prozent der Arbeitsplätze geschaffen!

In meiner Heimatstadt Bremerhaven, die Situation ist ähnlich wie in Berlin, sind fast 20 Prozent der Bevölkerung arbeitslos. Wir haben deutschlandweit den höchsten Anteil an Hartz IV- und Sozialhilfeempfängern. Wir brauchen nicht mehr und mehr sozialdemokratischen Klüngel, wir brauchen in Deutschland Arbeitsplätze, wir brauchen eine starke liberale Bürgerpartei FDP – denn nur liberal ist wirklich sozial.

Mark Ella (LV Bremen) ist Mitglied des Bundesvorstandes der FDP



Dr. Ella Barowsky

* 11.01.1912

† 25.09.2007

Der hohe Respekt, der ihr auch lange nach dem Ende ihrer beruflichen und politischen Aktivitäten entgegengebracht wurde, war nicht nur in der FDP zu spüren, wo sie 1988 auf einem turbulenten Landesparteitag – die FDP war nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten, die Partei in einer schwierigen Verfassung – vom neu gewählten Landesvorsitzenden Hermann Oxfort als Ehrenvorsitzende vorgeschlagen wurde. Diesem Vorschlag stimmte der

Landesparteitag einstimmig und mit Begeisterung zu, nach meiner Erinnerung der einzige einstimmig verabschiedete Beschluss auf diesem Parteitag. Auch außerhalb des liberalen Spektrums blieb sie eine legendäre Figur. Journalisten waren begeistert von ihrer druckreifen präzisen Ausdruckskraft, von Wissenschaftlerinnen und Reportern wurde sie wegen ihres phänomenalen Gedächtnisses als lebendes Zeugnis der Berliner Geschichte gewürdigt und oft interviewt.

Ihre Fähigkeit, spontan, druckreif und völlig frei eine 20-minütige Rede zu einem komplizierten politischen Thema zu halten, war legendär. Wenn Ella – eine kleine Frau in immer straffer Körperhaltung – sich zu Wort meldete, war es in jedem Saal mucksmäuschenstill. Und nicht selten war es ihr konstruktiver, auf Zusammenführung bedachter Beitrag, der am Ende einer langen Diskussion eine Einigung möglich machte.

In den vielen anderen Organisationen, in denen sie sich betätigte, wurden diesen Fähigkeiten ebenfalls hoch geschätzt. Nicht zuletzt in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und im Deutschen Akademikerinnenbund, dessen Berliner Landesvorsitzende sie lange Jahre war. Der Respekt vor ihrer Lebensleistung war auch in den anderen Berliner Parteien zu spüren. Nicht zuletzt zu erkennen an ihrer Ernennung zur Stadtältesten und ihrer Auszeichnung mit der Louise-Schroeder-Medaille des Abgeordnetenhauses von Berlin für ihre „Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen.“

Auch ich persönlich habe Ella zu danken: Für so manche guten und klugen Ratschläge, als ich als Neuling in die Berliner FDP kam und mich in eine unübersichtliche politische Landschaft einarbeiten musste. Für ihre Loyalität gegenüber den Landesvorsitzenden und den gewählten Gremien der Partei; wenn Kritik ihr notwendig erschien, war dies immer konstruktiv und blieb nicht-öffentlich.

Wir alle werden Ella vermissen.

Zum Tode von Ella Barowsky

Nachruf von Carola von Braun

Dr. Ella Barowsky hat uns verlassen. Und obwohl diese Nachricht bei einer 95-Jährigen nicht überraschen kann, trifft sie uns doch im liberalen Mark. Denn „Ella“, wie sie respektvoll und in Zuneigung genannt wurde, hat wie kaum jemand ihrer Generation aus der Berliner FDP sonst, den Typus einer aufrechten, kämpferischen, wortgewandten und gebildeten Liberalen verkörpert.

Ihre Vita – Mitglied der ersten frei gewählten Stadtverordnetenversammlung, Mitglied des Abgeordnetenhauses, erste und bisher einzige liberale Bezirksbürgermeisterin (Schöneberg) und Finanzstadträtin (Wilmersdorf) – ist schon für sich bemerkenswert, aber herausragend für eine Frau ihrer Generation.

Ich habe Ella Barowsky 1984 kennen gelernt, als ich nach Berlin kam. Schon damals war sie eine lebende Legende. Um sie rankten sich viele Geschichten über innerparteiliche Schlachten der Berliner FDP über die politische Ausrichtung der Partei, und natürlich auch um Mandate und sonstige Einflussmöglichkeiten.

Ella wurde zum gemäßigt konservativen Flügel der damaligen FDP gezählt, aber in allen liberalen Schattierungen wurde ihr hoher Sachverstand, ihre Wortgewandtheit und ihre Fähigkeit zur Zusammenführung anerkannt. Ihr Standpunkt war immer klar und unmissverständlich. Ein Kompromiss war für sie als überzeugte Pragmatikerin ein positiver Begriff. Sicher hat dazu auch beigetragen, dass sie als Liberale die schweren Nachkriegs- und Aufbaujahre von Berlin in verantwortlichen Positionen miterlebt und -gestaltet hat; als sie unter schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie viele Andere auch gründlich lernen musste, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, Prioritäten zu setzen.

Aus dem Abgeordnetenhaus

Ordnungsämter für, nicht gegen die Bürger!

von Sebastian Czaja

Es könnte alles so einfach sein: Hundehalter kümmern sich um die Duftmarken ihrer Hunde, Nachbarn vermeiden übermäßigen Lärm, Fahrradfahrer nehmen Ampeln ernst...da die Berliner Realität aber meilenweit von dieser Idylle entfernt liegt, versuchen seit 1. September 2004 bezirkliche Ordnungsämter die obigen Zustände zumindest annähernd herzustellen.



Nicht erst durch die zusätzlichen Aufgaben, die den Bezirken auch die Überwachung des Jugendschutzes (Stichwort Komasaufen), der Umweltzone und des Nichtraucherschutzes auferlegen, stehen die Ordnungsämter unter einem schlechten Stern. Das Hauptproblem besteht darin, dass keines der 12 Ordnungsämter dem anderen gleicht: das beginnt bei der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle und endet bei Ausrüstung und Arbeitszeiten der Kiezstreifen. Ferner betrachten die Bezirke die Funktionen der Ordnungsämter grundverschieden: während Reinickendorf auf den präventiven Charakter der Arbeit setzt und lieber Verwarnungen ausspricht, werden in Marzahn-Hellersdorf so viele Knöllchen wie möglich ausgestellt.

Letzteres entspricht im Übrigen auch der Auffassung des Senats, der die Ordnungsämter als Geldmaschine klassifiziert und laut Staatssekretär Klaus Teichert auf Maximierung der Einnahmen setzt. Dies bestätigt sich auch bei Betrachtung der bezirklichen Haushaltsentwürfe: viele Bezirksämter schrauben die Einnahmeerwartungen aus Geldbußen und Verwarnungsgelder in den kommenden zwei Jahren deutlich nach oben: Steglitz-Zehlendorf um 1 Mio. €, Charlottenburg-Wilmersdorf gar um 2 Mio. € pro Jahr.

Das kann aufgrund der weiterhin dünnen Personaldecke in den Ordnungsämtern aber nur auf Kosten der anderen Aufgaben wie beispielsweise Leinenzwang, Lärmbelastungen oder Verschmutzungen erfolgen...das riecht förmlich nach Abzocke der Bürger und bringt die Stadt kein bisschen weiter im Kampf gegen Hundehaufen, Schmutz und Schmierereien.

Sebastian Czaja MdA (BV Marzahn-Hellersdorf)

Aus der Landespartei

I'll be back!

von Tim Stuchtey

Liebe Mitstreiter, seit vielen Jahren bin ich Mitglied im Landesvorstand unserer Berliner FDP und habe hier die Wissenschafts- und Hochschulpolitik verantwortet. Erst unter Günter Rexrodt und in den letzten Jahren mit Markus Löning habe ich als Beisitzer versucht, meinen Beitrag dafür zu leisten, dass unsere Partei aus der Bedeutungslosigkeit Ende der 90er Jahre herauskommt und auf allen Ebenen wieder als inhaltliche Alternative und eine freiheitliche und ordnungspolitische Kraft wahrgenommen wird.



Dieses Engagement für die FDP habe ich immer neben meinem Beruf im Hochschulmanagement erst an der Technischen und nun an der Humboldt-Universität ausgeübt. Auf meine berufliche Unabhängigkeit habe ich immer großen Wert gelegt, nicht zuletzt um mir die geistige Unabhängigkeit zu bewahren. Warnende Beispiele haben mich in dieser Haltung bestärkt.

Für meine Frau und mich hat sich jetzt die Möglichkeit ergeben, für ein Jahr in Washington DC zu arbeiten. Ich werde dort bei einem Think Tank tätig sein, der sich mit transatlantischen Fragen beschäftigt, eine Aufgabe, die in der Mischung zwischen eigener wissenschaftlicher Arbeit und Politikberatung für einen politisch denkenden Menschen gerade in den kommenden zwölf Monaten zu attraktiv ist, um sie ungenutzt zu lassen. Hautnah mitzuerleben, wie der Wahlkampf um das Amt des mächtigsten Mannes - vielleicht diesmal auch der mächtigsten Frau - der Welt geführt wird, ist nicht nur für sich spannend. Vielleicht kann ich auch ein wenig von dem Erlebten einbringen, wenn wir erneut um die Gunst der Bürger in Berlin kämpfen. In der Zwischenzeit verzeihen Sie mir, wenn ich nur noch telefonisch und per Mail meine Meinung und gelegentlich auch meinen Rat in die Parteiarbeit einbringen kann. Auch in der FDP stehen in den kommenden Monaten wichtige Entscheidungen an und ich gebe zu, dass es mir nicht leicht fällt, wenn ich an diesen nicht teilhaben kann. Ich bin mir aber sehr wohl bewusst, dass die Dinge auch gut ohne mich vorankommen und so verbleibe ich mit den Worten des kalifornischen Gouverneurs: "I'll be back!"

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Mitglied des Landesvorstandes der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Die Zukunft der „Spandauer Vorstadt“

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

In der Septembersitzung der BVV wurden die ersten Bebauungspläne für einen Teil der Spandauer Vorstadt gegen die Stimmen der CDU und der FDP beschlossen. Die FDP-Fraktion hatte als einzige einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem Ziel, die restriktive Auslegung der vorhandenen Baugesetze zu verhindern. Die Annahme der B-Pläne durch die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken ist der Ablehnung unseres Antrages gleichzusetzen. Für die Fraktion der Liberalen ist das Kapitel „Spandauer Vorstadt“ damit keineswegs abgeschlossen.

Die Fraktionen aus dem linken politischen Spektrum, sowie die ihnen nahe stehende Bürgervereinigung behaupten, dass die Spandauer Vorstadt viel zu viel an gastronomischen Einrichtungen sowie Vergnügungs- und kulturellen Stätten hat. Eine weitere Zunahme an solchen Einrichtungen, könne den Charakter des Stadtteils beeinträchtigen und die Wohnbevölkerung verdrängen. In der Tat ist es nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Spandauer Vorstadt nach der Wende radikal verändert hat. Ich persönlich hatte das seltene Vergnügen, dort einen Tag im Jahre 1988 zu verbringen. Die Bilder aus dieser Zeit sind mir bis heute präsent: Heruntergekommene, nicht selten unbewohnbare Häuser, katastrophale Straßen und einige Kneipen, in denen die einheimische Bevölkerung versuchte, sich die sozialistische Tristesse mit der Hilfe der „Ostschnäpse“ erträglicher zu machen. Heute gibt es nur wenige Stellen, die an diesen Zustand erinnern. In der Spandauer Vorstadt pulsiert das Leben. Ein erfolgreiches Sanierungsprogramm trägt Früchte. Der Stadtteil hat seinen unverwechselbaren Charme wieder gewonnen. Tausende von Touristen und Berlinern verbringen dort ihre Freizeit, die Wohnbevölkerung nimmt nicht ab, ganz im Gegenteil, sie nimmt zu und die Mietpreise steigen. Das Erwachen der Spandauer Vorstadt aus dem durch die kommunistische Diktatur verursachten Dornrösschenschlaf ist dabei hat gelegentlich auch mit Problemen verbunden. Das größte Problem ist die Lärmbelästigung. Diese wird weniger durch die Restaurants und Clubs verursacht, sondern vor allem durch Besucher, die noch spät in der Nacht durch die Gassen schlendern. Hinzu kommt das Problem mit der Müllentsorgung, dem Autover-

kehr und der zunehmenden Straßenprostitution, die kein Aushängerschild für die Stadt ist. Im Gegensatz jedoch zu den Linkspopulisten, die die Spandauer Vorstadt unter eine Käseglocke stellen möchten, um – und auch das muss gesagt werden – einige Interessengruppen zu schützen, setzen sich die Liberalen mit dem Problem konstruktiv auseinander. Ein Zurück zu dem Zustand vor dem Mauerfall darf es nicht geben.

Die Spandauer Vorstadt bildet das Zentrum Berlins und so soll es auch bleiben. Wer das nicht akzeptiert, muss dort auch nicht wohnen! Es gibt genug freie Wohnungen auf der grünen Wiese. Berlin hat sein Gesicht verändert, viele Bezirke und Stadtteile kann man nach fast 20 Jahren deutscher Einheit kaum wieder erkennen, und das ist gut so! Die Anwohner haben entsprechend reagiert. Einige sind weggezogen, um ihre Ruhe außerhalb der Stadt zu genießen, sehr viele sind nachgezogen, um der Todesstarre der Provinz endlich zu entkommen. Das gilt ganz besonders für die Spandauer Vorstadt, wo viele junge Menschen wohnen, nicht trotz, sondern wegen der vielfältigen Unterhaltungsmöglichkeiten. Ein zukunftsträchtiges Konzept für die Spandauer Vorstadt muss die Interessen aller beteiligten Akteure, also der Anwohner, der Gastronomen, der Galeristen und der Clubbetreiber gleichermaßen berücksichtigen.

Um der Lärmbelästigung und der unzulässigen Nutzung des Straßenlandes durch einige Restaurantbetreiber effektiv entgegenzuwirken, braucht man keine restriktiven Bebauungspläne, deren Ziel ist, langfristig die Zahl der Clubs, der gastronomischen Einrichtungen und der Galerien zu reduzieren, sondern mehr Ordnungskräfte, die für die konsequente Einhaltung der vorhandenen Gesetze sorgen. Aber genau das passiert in der Spandauer Vorstadt nicht. Was die Angestellten des Ordnungsamtes hingegen tun, haben wir in der letzten Ausgabe von LC berichtet. Ferner bedarf es eines konstruktiven Dialogs zwischen allen Betroffenen, der Politik und der Stadtverwaltung. Einige Konflikte resultieren aus mangelnder Gesprächsbereitschaft oder Missverständnissen. Die Lösungen können vielfältig sein und müssen nicht zwangsläufig mit der Schließung einer Einrichtung verbunden sein. Schließlich leben die meisten Restaurants und Clubs von dem Stammpublikum, und dieses wohnt zum größten Teil in der Spandauer Vorstadt.

Die Fraktion der FDP wird sich noch lange mit der Spandauer Vorstadt beschäftigen, um zu einem friedlichen Miteinander aller Beteiligten beizutragen – auch wenn das *dem Einen* (!) oder *dem Anderen* (!) nicht gefällt.

Die Mitte stärken!

Jürgen Stindt vom OV Oranienburger Tor

Der OV Oranienburger Tor und die JuLis Mitte hatten am 29. September zu einer Führung durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen, ein ehemaliges Stasi-Gefängnis, geladen. Über 20 Freunde der Freiheit versammelten sich, um sich über die erschreckenden Ausmaße von Unterdrückung und Gewaltherrschaft zu informieren. Geführt wurde die Gruppe vom Vorsitzenden des Fördervereins, Herrn Kürschner, der selbst in Hohenschönhausen inhaftiert war. Er gab erschütternde Einblicke über Verhörmethoden und Haftbedingungen. Die politische Verantwortung dafür lag bei der SED, deren ehemalige Mitglieder mittlerweile in der Linkspartei eine Heimat gefunden haben.

Wir sollten die Auseinandersetzung mit der „neuen“ Linken offensiv führen. FDP-Chef Guido Westerwelle hat einmal formuliert: „Der Sozialismus hat in Deutschland nur einen Platz: in den Bibliotheken, Abteilung Geschichte.“ Recht hat er. Unser Auftrag ist klar: die Mitte stärken.

Revolution durch Digitalisierung!

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Während zahlreiche Liberale am letzten Septembersonntag am Berlinmarathon teilnahmen oder Sportler aus aller Welt anfeuerten, widmete sich der politische Brunch des OV Tiergarten den Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung. Schon seit 2003 gehört analoges Fernsehen in Berlin der Vergangenheit an. Auch darüber hinaus überfluten digitale Angebote die bisherigen Medien. Das Internet wird zur möglichen Alternative für Rundfunk- und Fernsehangebote. Wird die Individualkommunikation der Kommunikationsweg der Zukunft sein?

Medienexpertin Antje Karin Pieper, Rechtsanwältin und Mitglied des Medienrats der Medienanstalt Berlin-Brandenburg nahm Stellung und stellte sich anschließend in einer angeregten, kontroversen und spannenden Diskussion den Fragen des Publikums zu Themen wie „Medienkompetenz als Waffe gegen Reizüberflutung und gewaltverherrlichende Computerspiele“ oder „Einfluss der sog. Suchmaschinen auf die Wahrheitsfindung und die Demokratisierung“.

Vielfältiges Programm

Stefan Scholz für den OV Gendarmenmarkt

Auf ihrer Auftaktveranstaltung des zweiten politischen Halbjahres am 11. September präsentierte die FDP Gendarmenmarkt das Programm für die kommenden Monate. Neben den beiden regulären Terminen Mitgliederversammlung und Stammtisch werden verschiedene Sonderveranstaltungen und Besichtigungen angeboten.

Am selben Abend diskutierte der Ortsverband religiöse Hemmnisse bei der Integration von Muslimen in Deutschland. Unter der fachlichen Leitung des Islamexperten Michael Topp wurden mögliche Ursachen angesprochen und versucht, erste Lösungswege aufzuzeigen. Volkswirt Topp präsentierte den mehr als zwanzig Diskussionsteilnehmern ein sehr ausgewogenes und differenziertes Bild der Situation in Deutschland.

Hellmut Königshaus und Afghanistan

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Zur Mitgliederversammlung am 01.10.2007 hatte der OV keinen Geringeren zu Gast als unseren Berliner Bundestagsabgeordneten Hellmut Königshaus. Anlässlich der bevorstehenden Bundestagsentscheidung waren pro und contra der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan Hauptthema des Abends. Die konkrete Situation am Hindukusch wurde von Königshaus mit hoher Detailkenntnis und in einer Vielschichtigkeit dargelegt, welche die Schwarz-Weiß-Raster üblicher Berichterstattung weit in den Schatten stellte. Deutlich wurde, dass derart viele Faktoren mit einander in mehrdimensionaler Beziehung stehen, dass es zwar viele gute oder weniger gute Gründe für zahlreiche mehr oder weniger zielführende Maßnahmen geben kann, aber mit Sicherheit keine Patentlösung. Die mit großem Ernst geführte Diskussion zeigte, dass die Entscheidungsträger in UNO und Bundestag um ihre Verantwortung wahrlich nicht zu beneiden sind.

Bei der vorangegangenen Sitzung des Ortsverbandsvorstandes sind die Leiter der beiden (unserer insgesamt sechs) Aktionsgruppen, welche nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, in den Vorstand kooptiert worden: Werner Hassepass („Infostände“) und Susanne Liermann („Kultur/Galerien“).

Personalien

(au) Am 22.09. demonstrierten rund 10.000 freiheitlich gesinnte Bürgerinnen und Bürger Berlins zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz für „Freiheit statt Angst - gegen den Überwachungswahn“. Um die Organisation des unübersehbaren „blau-gelben Blocks“ hatten sich **Björn Jotzo** MdA und der JuLi-Landesvorsitzende **Mischa Hecker** (beide Charlottenburg-Wilmersdorf) verdient gemacht, der FDP-Landesvorstand war mit **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf, Foto rechts) und mit der Landesgeschäftsführerin **Sibylle Meister** (Reinickendorf,



Foto links) vertreten, der Bezirksverband Mitte mit seinem Vorstandsmitglied **Nils Augustin** und mit dem Webmaster des Bezirksverbandes, **Arno Schödl** (beide Wilhelmstadt).

(au) Mit einer eher ungewöhnlichen Herausforderung sahen sich in Anschluss an den jüngsten politischen Brunch des OV Tiergarten unser stellv. Bezirksvorsitzender **Piotr Pawlowski** und der Ortsvorsitzende **Michael Saß** (Foto) konfrontiert, als ein anwesender Interessent und Politikwissenschaftler bat, man möge ihm einen möglichen Eintritt seinerseits in die FDP philosophisch vollständig und überzeugend begründen. Indizien deuten darauf hin, dass die beiden die gestellte Aufgabe mit dem gebotenen akademischen Tiefgang zu lösen vermochten. In jedem Fall legte Saß dem Interessenten noch nahe, auch das Gespräch mit dem Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu suchen, dem „Think-Tank“ der parteipolitisch organisierten liberalen Familie. Aus der Mitgliedschaft unsres BV Mitte sind dort **Sascha Tamm** und **Peter Altmiks** (beide OT) aktiv.



(au) **Tim Stuchtey** (Tiergarten), eines der beiden Mitglieder des FDP-Landesvorstandes aus unserem BV Mitte, wird mit seiner Gemahlin Bettina für ein Jahr beruflich nach Washington DC umziehen. Stuchtey dort bei einem „Think Tank“ tätig sein, der sich mit transatlantischen Fragen beschäftigt.

(au) Der OV Gendarmenmarkt präsentiert unter seiner Adresse www.fdp-gendarmenmarkt.de einen neuen Internetauftritt – „frisch und schnörkellos mit klarem Profil, aktuell, transparent, sachlich, zuverlässig“, wie der Ortsvorsitzende **Stefan Scholz** hervorhebt. Gestalter sowie alter und neuer Webmaster ist der stellv. Ortsvorsitzende **Ingo Kamps**, der lange Zeit auch die Webseite des BV Mitte betreut hatte.

(au) Auf einer Sitzung des Landesfachausschusses Schule und Sport / Unterausschuss Sport der Berliner FDP Anfang Oktober ging es um das Problem des Erhalts und Ausbaus von Sportstätten, zwei Vertreter des Berliner Landessportbundes waren als Gäste geladen. Nachdem mangelndes Geld und erhebliche Optimierungspotenziale beim Management thematisiert worden waren, meldete sich **Werner Hassepas** (Wilhelmstadt) zu Wort. Hassepas, der Abteilungsleiter der Sportakrobatik-Gruppe im Akrobatikzentrum der Turngemeinde in Berlin (des ältesten Vereins in Berlin überhaupt) ist, beschrieb eindrucksvoll, wie der Verein das Zentrum in Eigeninitiative komplett renoviert hat und durch entgeltliche Vergabe von Zeiten an andere managt. Sitzungsleiter **Sebastian Czaja** MdA (Marzahn-Hellersdorf) konnte sich über eine liberale Botschaft an den Landessportbund freuen.

(au) Druck auf die Bundesregierung, die Forderung der FDP nach einem einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystem umzusetzen, übte **Marcus Grobecker** (OT) auf **Peer Steinbrück** bei einem persönlichen Gespräch am Rande des Sommerfest der Landesvertretung NRW aus. „Herr Steinbrück, wir müssen reden, über die Steuern. Die sind zu hoch!“ rief er dem Finanzminister zu. Dieser erwiderte „Sie zahlen noch zu wenig!“ und ging weiter. Zu der Verblüffung seines Personenschutzes drehte er sich dann noch einmal um und entgegnete, „aber Sie wissen ja wie es geht“. Zeugen des finanzpolitischen Fachgespräches waren **Markus Krause** und die Ortsvorsitzende **Frauke Sander** (beide OT).

(au) Unter dem Motto „Staatsbesuch beim Bürger“ steht die Deutschlandtour, mit welcher die FDP-Bundestagsfraktion vom 21. bis zum 29. September ihr Deutschlandprogramm bundesweit vorgestellt hat. Am 21. begann die Tour in Berlin mit einem Infobus auf dem Alexanderplatz. Der Berliner Landesvorsitzende, **Markus Löning** MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) und sein Kollege **Hellmut Königshaus** MdB (BV Trepow-Köpenick) führten vor Ort Gespräche mit Passanten und gaben diesen auch Gelegenheit, in einem ausgelegten Goldenen Buch ihre Wünsche für Deutschland zu formulieren.

Schlusswort

Steuergeheimnis?

von Katja v. Maur

Wozu gibt es eigentlich ein Steuergeheimnis und wer oder was wird davon geschützt fragt sich im Augenblick so mancher Bürger angesichts der aktuellen Vorkommnisse und des Verhaltens des Finanzsenators, der einmal mehr anschaulich sein (politisches) Fingerspitzengefühl und seine sprichwörtliche Sozialkompetenz im Umgang mit anderen Menschen bewiesen hat, für die ihn nicht nur die seiner Fürsorge unterstellten (Finanz-)beamten so sehr ins Herz geschlossen haben. Bei aller ihm sonst des Öfteren nicht ganz zu Unrecht zugeschriebenen Genialität, handelt es sich bei der Verletzung des Steuergeheimnisses nicht um einen genialen Einfall oder gar eine Eulenspiegelerei. Es geht vielmehr um die Frage, ob es bei der Gemengelage - selbst wenn der in der Presse geschilderte Sachverhalt nur ansatzweise der Realität entspreche - überhaupt irgendeine Rechtfertigung für die öffentliche Aufhebung des Steuergeheimnisses geben kann.

Die Antwort muss eindeutig und unmissverständlich NEIN lauten.

Die Vorschrift zur Wahrung des Steuergeheimnisses (übrigens zu finden in § 30 der Abgabenordnung - AO) ist die zentrale Datenschutznorm des Steuerverfahrensrechts. Sie dient dem Schutz des Persönlichkeitsrechts sowie der Wahrung des Rechtsfriedens und garantiert gleichzeitig, dass der Staat (das sind wir alle!!!) seine sog. Fiskalinteressen (die finanziellen Interessen) wahrnehmen kann. Nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erlaubt § 30 AO, dass die Steuerdaten nicht schutzbedürftig sind, etwa, wenn der Betroffene einwilligt - hier offensichtlich nicht geschehen - oder wenn die Wahrung des öffentlichen Interesses vorrangig ist. Um dies festzustellen, muss eine äußerst sorgfältige Prüfung und Abwägung aller wesentlichen Argumente stattfinden, was offensichtlich auch nicht geschehen ist.

Fazit: Die Verwaltung muss transparent werden, aber nicht die Daten.

Volksbegehren gegen die Schließung des Flughafens Tempelhof

Vom 15. Oktober 2007 bis zum Stichtag, dem 14. Februar 2008, können alle wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhofs stimmen.

Bei 170.000 Stimmen ist der Berliner Volksentscheid gültig.

Nur so ist es möglich: Zum Bürgeramt gehen und Stimme abgeben.

Voraussetzungen für eine gültige Stimmabgabe sind Deutsche Staatsangehörigkeit (Ausweis/Pass mitbringen!), Erstwohnsitz in Berlin und Volljährigkeit.

Auslegungstage und Öffnungszeiten

Montag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 15 Uhr

Dienstag und Donnerstag von 11 bis 18 Uhr

Sowie an den Sonnabenden und Sonntagen 17./18. November 2007 und 9./10. Februar 2008

Bürgeramt 1 – Rathaus Tiergarten Mathilde-Jacob-Platz 1 10551 Berlin

Bürgeramt 2 – Rathaus Wedding Müllerstraße 147 13353 Berlin

Bürgeramt 3 – Rathaus Mitte Karl-Marx-Allee 31 10178 Berlin

Briefwahl ist nur möglich, wenn nachgewiesen wird, dass eine persönliche Stimmabgabe während der gesamten Laufzeit des Volksbegehrens nicht möglich ist (das geplante Gesetz zur Vereinfachung der Volksbegehren ist vom Abgeordnetenhaus leider noch nicht verabschiedet worden).

Termine

Oktober 2007

- 18.10 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Diskussionsveranstaltung** – Thema „Staatsoper mit Perspektive? Lösungsansätze im Spannungsfeld zwischen Bund, Berlin und Oper(nstiftung)“ – mit Hans-Joachim Lorenz, Christoph Meyer MdA und Dr. Kurt Lehner – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), Raum 304
- 20.10 JuLis Berlin: **Landeskongress** – Information unter www.julis-berlin.de
- 22.10 19.00h FNSt: **Vortragsveranstaltung** zum Thema „Die DDR und der westdeutsche Linksterrorismus: Vereint gegen Israel?“ – Referent Dr. Martin Jander – im Centrum Judaicum (Oranienburger Str. 28/30)
- 22.10 19.30h LV Berlin: **Vortrags- und Diskussionsrunde** zum Thema „Ökonomische Folgen des Klimawandels“ – mit Dr. Ottmar Edenhofer – Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (Telegraphenberg A 31 in 14473 Potsdam)
- 23.10 19.30h **Podiumsdiskussion** des LSVD mit den Parteien – „Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Steuerrecht“ – mit MdBs Otto Bernhardt (CDU), Florian Pronold (SPD), Carl-Ludwig Thiele (FDP), Dr. Barbara Höll (Linke) und Christine Scheel (Grüne) – im Louise-Schroeder-Saal des Rathaus Schöneberg
- 28.10 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Thema: Geheimdienst-Untersuchungsausschuss – mit Hellmut Königshaus MdB – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 31.10 16.30h OV Gendarmenmarkt: **Besichtigung des Bundesrates** – Treffpunkt an der Leipziger Str. 3-4 – Anmeldung erforderlich bis 30.09. unter ps-liberta@gmx.de
- 31.10 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

November 2007

- 05.11 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – u.a. Nachwahlen zweier Beisitzer zum Ortsverbandsvorstand – im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 06.11 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 10.11 10.00h Bundesverband: **Strategie- und Kreisvorsitzendenkonferenz** im Hannover Congress Centrum, Kuppelsaal (Theodor-Heuss-Platz 1-3, Hannover), Information und Anmeldung bei feyer@fdp.de
- 13.11 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 14.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 25.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Thema: „Terrorismus-Bekämpfung“ – mit Philipp Ehmann – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.11 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.